

Antrag WI01: Zukunft. Gemeinsam. Machen - den wirtschaftlichen Wandel sozialdemokratisch gestalten.

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	WI02, WI03
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 28 - 31 (Empfehlung der Antragskommission) - Streichung Zeile 36 - 44 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 53 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 73 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 74 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 87 - 88 (Empfehlung der Antragskommission) - Streichung Zeile 106 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 107 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 109 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 110 - 112 (Empfehlung der Antragskommission) - Streichung Zeile 139 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 142 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 152 - 179 (Empfehlung der Antragskommission) - Streichung Zeile 180 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 181 - 182 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 188 - 194 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 198 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 204 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 216 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 221 (Empfehlung der Antragskommission) - Ergänzung Zeile 238 - 253 (Empfehlung der Antragskommission) - Ersetzung Zeile 254 - 283 (Empfehlung der Antragskommission) - Streichung Zeile 285 (Empfehlung der Antragskommission) - Streichung

1 Unser Bundesland hat sich in seiner Geschichte immer wieder erfolgreich gewandelt,
2 ist oft gestärkt aus Krisen hervorgegangen und hat sich den Herausforderungen der
3 Zeit mutig gestellt. Seit der Gründung von Baden-Württemberg haben wir als Land und
4 als Teil Deutschlands gelernt, mit tiefgreifenden Krisen und Wandel umzugehen – von
5 der Zerstörung durch den Krieg, über den wirtschaftlichen Aufschwung, bis hin zur
6 Digitalisierung. Jede dieser Phasen hat uns gezeigt: Baden-Württemberg ist stark,
7 weil wir Wandel nicht fürchten, sondern als Chance begreifen.

8 Heute stehen wir erneut vor Veränderung. Die Krisen, die uns umgeben – sei es der
9 Klimawandel, die Pandemie oder der Krieg in der Ukraine – erfordern entschlossenes
10 Handeln. Wir wissen: Wir können Wandel. Wir haben es immer wieder geschafft, aus
11 Umbrüchen Stärke zu schöpfen. Es geht um die Schaffung und den Erhalt von
12 Arbeitsplätzen.

13 Der Staat muss dabei eine aktive Rolle übernehmen, als Partner der Gesellschaft, der
14 Wirtschaft und der Umwelt. Es reicht nicht, nur zu reagieren. Wir müssen
15 vorausschauend agieren, um die Weichen für eine gerechte, nachhaltige und innovative
16 Zukunft zu stellen. Der Wandel hin zu einer klimaneutralen, sozial gerechten und

17 wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft ist kein Selbstläufer – es ist eine
18 Aufgabe, die wir gemeinsam bewältigen können.

19 Wir haben die Kraft und den Willen, Baden-Württemberg als Vorreiter für den sozialen
20 und ökologischen Wandel zu positionieren.

21 Inmitten dieses Wandels gibt es eine Konstante, die uns Sicherheit und Orientierung
22 bietet: die Soziale Marktwirtschaft. Sie hat sich über Jahrzehnte bewährt und ist das
23 Fundament, auf dem unser wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ruht. Die Soziale
24 Marktwirtschaft verbindet wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer
25 Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Sie ist das Modell, das es uns
26 ermöglicht, Wohlstand zu schaffen und gleichzeitig Solidarität und Zusammenhalt zu
27 fördern. Die Soziale Marktwirtschaft hat es vermocht, das Soziale mit dem

Empfehlung der Antragskommission:

28 Marktwirtschaftlichen zu versöhnen. ~~Diese Einheit wollen wir als SPD Baden-
29 Württemberg neu beleben, indem wir Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Forschung, Energie-
30 und die Transformation nicht als sich konkurrierende Politikfelder begreifen, sondern
31 als integrale Bestandteile der Sozialen Marktwirtschaft.~~

32 Wir sind die Partei, die dafür kämpft, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht auf Kosten
33 der Schwächsten in unserer Gesellschaft geht. Wir stehen dafür ein, dass jede und
34 jeder eine faire Chance auf Teilhabe und Aufstieg erhält. Und wir setzen uns dafür
35 ein, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben, damit auch zukünftige

Empfehlung der Antragskommission:

36 ~~Generationen in einer lebenswerten Umwelt aufwachsen können. Wenn wir eine
37 kostenfreie Kita fordern, dann auch, weil wir damit der Wirtschaft helfen. Wenn wir
38 uns für beste Bildungschancen und Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Meister
39 einsetzen, dann auch, weil wir der Wirtschaft helfen wollen. Wenn wir uns für
40 bezahlbaren Wohnraum einsetzen, dann auch, weil wir damit der Wirtschaft helfen. Wenn
41 wir wollen, dass die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern geringer werden,
42 dann auch, weil das gut für die Wirtschaft ist. Und wenn wir uns für Weiterbildung
43 und Fachkräfteeinwanderung einsetzen, tun wir das, weil es gut für die Wirtschaft und
44 Baden-Württemberg ist.~~

Generationen in einer lebenswerten Umwelt aufwachsen können. Unser Einsatz für bessere
Bildungschancen und Gebührenfreiheit von der KiTa bis zum Meister, für die Reduktion von
Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern, für die Fachkräfteeinwanderung oder die
Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum sind für uns deshalb beides: Die Sicherstellung einer
sozialen Gesellschaftsordnung, die Teilhabe und Chancengleichheit ermöglicht - und gleichzeitig die
politische Notwendigkeit, Voraussetzungen für eine funktionierende und prosperierende Wirtschaft
zu schaffen.

45 Die Herausforderungen unserer Zeit erfordern von uns, dass wir die Soziale
46 Marktwirtschaft weiterentwickeln und an die neuen Realitäten anpassen. Dies bedeutet,
47 dass wir den digitalen Wandel gestalten und dafür sorgen, dass alle von den Vorteilen
48 der Digitalisierung profitieren. Es bedeutet, dass wir den Klimaschutz zur zentralen
49 Aufgabe machen und eine nachhaltige Wirtschaft fördern. Und es bedeutet, dass wir die
50 soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und dafür sorgen, dass niemand in
51 unserem Land zurückgelassen wird. Dazu müssen Wohlstand und Wertschöpfung erhalten
52 bleiben.

Empfehlung der Antragskommission:

53 ~~Unser Leitantrag zum Thema Wirtschaft~~ Unsere wirtschaftspolitische Strategie setzt
genau hier an. ~~Er~~ Sie ist ein Aufruf zur
54 Erneuerung und zur Gestaltung einer Zukunft, in der wirtschaftlicher Erfolg und
55 soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Gemeinsam wollen wir die Weichen stellen
56 für ein Baden-Württemberg, das auch in den kommenden Jahrzehnten ein Vorreiter in
57 Sachen Wertschöpfung, gute Arbeitsplätze, Innovation, Gerechtigkeit und
58 Nachhaltigkeit ist. Lasst uns diesen Weg gemeinsam gehen und die Soziale
59 Marktwirtschaft als Anker unserer Zukunft festigen. So können wir sicherstellen, dass
60 unser Land stark und gerecht bleibt – für uns und für die Generationen, die nach uns
61 kommen.

62 Zur sozialen Marktwirtschaft gehört ein investierender Staat, weil das Modell der
63 sozialen Marktwirtschaft auf einem Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Freiheit
64 und sozialer Gerechtigkeit beruht. Ein Staat muss in Infrastruktur und technologische
65 Innovation investieren, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern. Dies
66 schließt die Förderung von Bildung, Forschung und Entwicklung sowie den Ausbau von
67 Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetzen ein. Solche Investitionen schaffen die
68 Grundlagen, damit Unternehmen produktiv arbeiten und wachsen können. In einer
69 sozialen Marktwirtschaft sorgt der Staat für soziale Sicherheitssysteme, wie
70 Arbeitslosenversicherung, Renten und Gesundheitsversorgung. Diese Systeme
71 garantieren, dass der wirtschaftliche Erfolg nicht auf Kosten der Schwächeren geht.
72 Staatliche Investitionen in das soziale Netz fördern sozialen Ausgleich und

Empfehlung der Antragskommission:
73 Stabilität.

Unser Ziel: Eine aktive Industrie- und Strukturpolitik durchs Land

Die Industrieansiedlungen in anderen Bundesländern zeigen, dass es wichtig ist frühzeitig Weichen zu stellen und sich als internationaler Industriestandort zu präsentieren, um Investitionen zu generieren. Die Landesregierung muss hier endlich ihrer Verantwortung im Sinne einer proaktiven Industriepolitik gerecht werden.

Durch eine zielgerichtete Unterstützung der Transformation, die Sicherstellung zukunftsfähiger Energieversorgung und Infrastruktur und die Stärkung unseres Arbeitsmarkts und der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte kann es gelingen, Baden-Württemberg als Industrie- und Wirtschaftsstandort nicht nur zu erhalten, sondern weiter nach vorne zu bringen.

Empfehlung der Antragskommission:

74 **Transformation aktiv gestalten**

75 **Transformation braucht Investition:**

76 Die baden-württembergische Industrie und Wirtschaft stehen vor großen
77 Herausforderungen, um zukunftsfähige Industriearbeitsplätze zu erhalten insbesondere
78 bei

- 79 • der Umstellung von Produktionsprozessen
- 80 • Zugang zu Rohstoffen und Reduktion von Abhängigkeiten

81 Für diese Generationenherausforderung muss die Landesregierung ein milliardenschweres
82 Investitionspaket für die kommenden Jahren auflegen.

83 Wir setzen uns für die steuerliche Begünstigung von Wagniskapital ein, das zur
84 Finanzierung neuer Spitzentechnologie mobilisiert werden kann und wollen die

85 Förderinstrumente des Landes schneller und agiler dazu nutzen, Anreize zu geben,
86 Baden-Württemberg als erste Wahl unter den Bundesländern für Innovationsträger zu
Empfehlung der Antragskommission:
87 machen. ~~Um insbesondere die Ansiedelung von Startups zu unterstützen bedarf es eines-~~
88 ~~Fonds zur Beteiligung an Ausgründungen aus Hochschule und Startups.-~~

89 Wir befürworten die Einführung einer Steuergutschrift auf klimafreundliche
90 Investitionen in Höhe von 25% des Investitionsbetrags über den Abschreibungszeitraum.
91 Durch den Investitionsbooster kann die öffentliche Hand mit jedem Euro unbürokratisch
92 das Dreifache an privaten Mitteln mobilisieren.

93 **Transformation braucht Dynamik:**

94 Schnellere Genehmigungsverfahren und ein leistungsfähigerer öffentlicher Dienst sind
95 Voraussetzungen gelingender Transformations- und Standortpolitik. Planungsverfahren
96 und Antragsprozesse müssen beschleunigt, Berichtspflichten wo möglich zusammengelegt,
97 werden, ohne wichtige Regeln – etwa zum Schutz von Beschäftigten oder der Umwelt
98 – abzubauen. Dazu braucht es eine Modernisierung und Digitalisierung der zuständigen
99 Behörden zur Unterstützung einer schlagkräftigen Verwaltung.

100 **Transformation braucht Raum:**

101 Tarifgebundene Handwerks- und Industrieunternehmen sollen bei der Zuweisung neuer
102 Gewerbeflächen vorrangig berücksichtigt werden, um faire Arbeitsbedingungen und gute
103 Löhne zu fördern. Wir fordern mehr zusammenhängende Gewerbeflächen in den
104 Regionalplänen und Flächennutzungsplänen einzuplanen, um Betriebserweiterungen und
105 Neuansiedlungen zu ermöglichen und nachhaltige Nutzung zu gewährleisten: Gleichzeitig
Empfehlung der Antragskommission:
106 sollen alten nicht länger genutzte Flächen renaturiert und neue Flächen nachhaltig und
grün angelegt werden,

Empfehlung der Antragskommission:
107 um Umweltbelastungen zu minimieren.

Transformation braucht zukunftsfähige Technologie

Neue Technologien, Künstliche Intelligenz (KI) und Start-ups sind für die soziale Marktwirtschaft von zentraler Bedeutung, weil sie sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch soziale Gerechtigkeit fördern. In einer globalisierten Welt sind Innovationskraft und technologische Fortschritte entscheidend, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Start-ups spielen dabei eine zentrale Rolle, da sie oft als Innovationsmotoren fungieren, neue Ideen und Geschäftsmodelle entwickeln und etablierte Märkte herausfordern. Dadurch entstehen nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern auch langfristige Wachstumschancen. Um insbesondere die Ansiedelung von Start-ups zu unterstützen, bedarf es eines Fonds zur Beteiligung an Ausgründungen aus Hochschule und Start-ups.

Baden-Württemberg muss ein Land der Tüftler bleiben. Landesprogramme (Batteriezellforschung, Künstliche Intelligenz etc.) müssen auf die industrielle Resilienz und Transformation fokussiert werden. Neben der Grundlagenforschung soll auch der Transfer von Forschungsergebnissen aus baden-württembergischen Forschungseinrichtungen in unsere Unternehmen eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

Insbesondere die digitale Infrastruktur wollen wir mit Nachdruck ausbauen und unser Datenrecht so anpassen, dass Datenkooperationen und sichere Datenräume für die Entwicklung von KI und Blockchain in Baden-Württemberg möglich werden. Wir fordern, dass das Land dezentrale Zugänge zu KI-Rechenzentren und Rechenkapazitäten für KMUs und Start-Ups ermöglicht, um den bestehenden

Mangel zu beheben. Supercomputing-Zugänge, die bisher nur für einen kleineren Adressatenkreis in großen Forschungseinrichtungen verfügbar sind, müssen für breitere Nutzergruppen kompatibel und zugänglich gemacht werden.

Daten sind ein Schatz und bergen bisher ungenutztes Potential. Wir fordern daher, dass mehr Beratungsstellen zur Nutzung des Datenpotenzials in Unternehmen und bei KMUs initiiert werden, in Kooperation mit IHK, Handwerk und anderen relevanten Organisationen. Darüber hinaus sollte das Ausbildungsprofil "KI Datenmanager", das aus Baden-Württemberg entwickelt wurde, weiter gefördert und verbreitet werden. Aktuell nutzen nur 10 Prozent der Unternehmen KI oder KI-Sprachmodelle zur Unterstützung von Geschäfts- und Produktprozessen. Angesichts der milliardenschweren Zusatz-Wertschöpfung, die durch KI möglich ist, muss dieser Anteil signifikant erhöht werden. Wir fordern, dass Künstliche Intelligenz, digitale Komponenten und Daten als Treibstoff für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer starken Industrie in der Zukunft etabliert werden.

Proaktive Struktur- und Ansiedlungspolitik zur Positionierung von Baden-Württemberg als attraktiven Industriestandort

Industrie- und Strukturpolitik bedeutet auch, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich zentrale Zukunfts- und Schlüsseltechnologien aus Baden-Württemberg heraus entfalten können. Ob bei autonomem Fahren, der Unterstützung von KI und Blockchain, der Bauindustrie von Morgen oder Luft- und Raumfahrt. Zu oft tragen Bedenken, der Fokus auf Risiken statt Chancen und das Verharren in alten Strukturen dazu bei, dass Schlüsseltechnologien nicht bei uns in Deutschland oder Baden-Württemberg entstehen. Wir wollen dies als SPD Baden-Württemberg ändern.

Dazu bedarf es einer Überarbeitung des Beihilferechts, um Schlüsseltechnologien gezielt fördern zu können. Durch eine bessere Vernetzung und Cluster-Bildung wollen wir unsere Innovationsstärke in Baden-Württemberg schneller und stärker dafür nutzen, insbesondere die öffentlichen Akteure aus Forschung und Entwicklung mit den baden-württembergische Unternehmen zu vernetzen. Durch einen schnellen Abbau von Entwicklungshemmnissen bei regulatorischen Auflagen und schnelleren Genehmigungsverfahren wollen wir gezielt Zukunftstechnologie fördern.

108 **Energie und Infrastruktur**

Empfehlung der Antragskommission:

109 **Der raschere Umstieg auf erneuerbare Energien muss endlich vorangetrieben werden:**

Der schnelle Ausbau der gegenüber fossilen Energiequellen oft günstigeren und weniger riskanten erneuerbaren Energien ist eine enorme Chance für unsere industrielle Wertschöpfung.

Empfehlung der Antragskommission:

110 ~~Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss durch die Errichtung leistungsfähiger Netze-~~

111 ~~und durch eine dezentrale Energieerzeugung vor Ort beschleunigt werden. Der EnBW-~~

112 ~~kommt hierbei eine zentrale Rolle zu.~~ Planfeststellungsverfahren zum Ausbau

113 erneuerbarer Energien müssen beschleunigt durchgeführt werden. Industrieansiedlungen

114 müssen darin unterstützt werden, sich autark und unabhängig Energie zu besorgen. Wir

115 fordern die Sicherstellung einer landesweiten Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff zu

116 wettbewerbsfähigen Preisen, dies ist nicht nur entlang der großen Verteilnetze, ein

117 wichtiger Schritt. Wir fordern die Gründung einer Öffentlichen

118 Investitionsgesellschaft (ÖIG), um gemeinsam mit den regionalen und überregionalen

119 Energieversorgern, den Anschluss und die Verteilung von Wasserstoff zu gewährleisten.

120 Darüber hinaus ist die Förderung des Aufbaus eigener Erzeugungskapazitäten für

121 Wasserstoff im Land elementar.

122 Der Ausbau der regenerativen Energieinfrastruktur, insbesondere PV-Anlagen auf

123 öffentlichen Gebäuden und mehr Standorte für Windkraft, muss vorangetrieben werden.
124 Zudem muss die baden-württembergische Industrie stärker darin unterstützt werden,
125 sich unabhängig von Energielieferungen (Gas/Kohle) aus autokratischen Staaten zu
126 machen.

127 Energieintensiv produzierende Betriebe sind elementarer Teil der industriellen
128 Wertschöpfungskette Baden-Württembergs. Wegen der sehr hohen und daraus folgend im
129 internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähigen Industriestrompreise drohen
130 Standortverlagerungen und -schließungen. Die energieintensiven Betriebe produzieren
131 wichtige Vorprodukte für andere Sektoren und sind insofern erforderlich für eine
132 gelingende Dekarbonisierung. Die Landesregierung soll sich daraus folgend für eine
133 Subventionierung der Industriestrompreise einsetzen, um die Abwanderung aus Baden-
134 Württemberg zu verhindern. Die Förderung energieintensiver Betriebe sollte
135 grundsätzlich an zwei Bedingungen geknüpft werden: Der Betrieb ist in der
136 Tarifbindung, und der Betrieb entwickelt ein Transformationskonzept u. a. zur
137 zukünftigen Energieeinsparung.

138 **Beschleunigung des Netzausbaus und Umverteilung der Netzausbaukosten:**

Empfehlung der Antragskommission:

139 ~~Die Übertragungs- und Verteilnetze für Strom müssen dringend modernisiert und~~

Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss durch die Errichtung leistungsfähiger Netze und durch eine dezentrale Energieerzeugung vor Ort beschleunigt werden. Der EnBW kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Die Übertragungs- und Verteilnetze für Strom müssen dringend modernisiert und

140 ausgebaut werden, um die dezentrale Stromerzeugung zu unterstützen. Eine gerechtere
141 Verteilung der Netzausbaukosten ist erforderlich, um die Belastung für die

Empfehlung der Antragskommission:

142 Verbraucher*innen zu minimieren. ~~Dazu~~Wir begrüßen, dass die Festlegung der Bundesnetzagentur die Netzausbaukosten im Verteilnetz ab 2025 gerechter verteilt. Darüber hinaus braucht es die zeitliche Streckung der

143 Refinanzierung der Netze durch Instrumente wie bspw. Fonds, Sondervermögen,
144 Amortisationskonten, Risikoteilung bei privatrechtlich finanzierten Investitionen
145 oder öffentliche Unternehmen und Banken.

146 **Baden-Württemberg als Vorreiter bei der Ladeinfrastruktur:**

147 Bis 2030 sollen alle 60 km eine 3600 kW-Ladestation entlang der europäischen
148 Haupttrouten sowie zwei Ladeanschlüsse für LKW und alle 200 km eine
149 Wasserstofftankstelle installiert sein. Um Leitmarkt zu werden, insbesondere im
150 Bereich der Nutzfahrzeuge, muss Baden-Württemberg diese Ziele sogar übererfüllen.
151 Dafür sind jährliche Ausbauziele und entsprechende Maßnahmen erforderlich.

Empfehlung der Antragskommission:

165 ~~Dazu bedarf es einer Überarbeitung des Beihilferechts, um Schlüsseltechnologien~~
166 ~~gezielt fördern zu können. Durch eine bessere Vernetzung und Cluster-Bildung wollen~~
167 ~~wir unsere Innovationsstärke in Baden-Württemberg schneller und stärker dafür nutzen,~~
168 ~~insbesondere die öffentlichen Akteure aus Forschung und Entwicklung mit den Baden-~~
169 ~~Württembergische Unternehmen zu vernetzen. Durch einen schnellen Abbau von~~
170 ~~Entwicklungshemmnissen bei regulatorischen Auflagen und schnelleren~~
171 ~~Genehmigungsverfahren wollen wir gezielt Zukunftstechnologie fördern. Insbesondere~~
172 ~~die digitale Infrastruktur wollen wir mit Nachdruck ausbauen und unser Datenrecht so~~
173 ~~anpassen, dass Datenkooperationen und sichere Datenräume für die Entwicklung von KI~~

~~174 und Blockchain in Baden-Württemberg möglich werden. Wir setzen uns für die
175 steuerliche Begünstigung von Wagniskapital ein, das zur Finanzierung neuer
176 Spitzentechnologie mobilisiert werden kann und wollen die Förderinstrumente des
177 Landes schneller und agiler dazu nutzen, Anreize zu geben, Baden-Württemberg als
178 erste Wahl unter den Bundesländern für Innovationsträger zu machen. Wir werden einen
179 Fond zur Beteiligung an Ausgründungen aus Hochschule und Startups auflegen.~~

Empfehlung der Antragskommission:

180 Fachkräftegewinnung Für eine aktive Arbeitsmarkt- und Weiterbildung Fachkräftepolitik
für Baden-Württemberg

Empfehlung der Antragskommission:

181 Der Fachkräftemangel wird für immer mehr Unternehmen im Land zum Geschäftsrisiko. ~~Die~~
Wir setzen als

182 SPD ~~Baden-Landtagsfraktion setzt~~ Württemberg auf einen Mix aus Qualifizierung von
Beschäftigten, eine

183 bessere Nutzung des Fachkräftepotenzials im Land sowie gezieltere Anwerbung von
184 Fachkräften und will hierfür im Doppelhaushalt 2025/2026 zusätzliche Mittel in Höhe
185 von 60 Mio. Euro einsetzen. Es muss Ziel sein, mehr in Qualifizierung und
186 Weiterbildung zu investieren. Generell müssen ungelernte Kräfte qualifiziert,
187 Menschen ohne Arbeit in eine Beschäftigung gebracht und Beschäftigte, deren

Empfehlung der Antragskommission:

~~188 Arbeitsstellen wegfallen können, weitergebildet werden. Laut einer erst unlängst von
189 der Agentur für Arbeit Baden-Württemberg vorgestellten Datenauswertung eines
190 Expertengremiums besteht in Baden-Württemberg ein Fachkräftepotential von bis zu
191 110.000 Vollzeitäquivalenten durch den Ausbau von Aus- und Weiterbildung sowie
192 Qualifizierung und durch die Verringerung von Ausbildungs- und Studienabbrüchen.
193 Konkret soll aus Sicht der Landtagsfraktion die Einrichtung eines Weiterbildungsfonds
194 ein Schritt sein, um mehr Menschen im Land zu qualifizieren.~~

Arbeitsstellen wegfallen können, weitergebildet werden. Konkret wollen wir als SPD Baden-
Württemberg einen Weiterbildungsfonds einrichten und so unter anderem bis zu 110.000 Fachkräfte,
die bei richtiger Ausbildung potenziell als solche tätig werden könnten, aktivieren und für unsere
Wirtschaft gewinnen.

195 Grundsätzlich muss die Bedeutung der beruflichen Ausbildung gestärkt werden. Zu
196 Beginn jedes Ausbildungsjahres hatten zuletzt viele Schülerinnen und Schüler mit
197 Hauptschulabschluss noch keinen Ausbildungsplatz, obwohl es mehr Ausbildungsplätze

Empfehlung der Antragskommission:

198 als Bewerberinnen und Bewerber gab. Wir setzen uns als SPD für mehr gesellschaftliche
Anerkennung beruflicher Bildungsabschlüsse ein. Die Kampagnen aus Industrie und
Handwerk für berufliche Ausbildungsangebote wollen wir unterstützen. Auch
leistungsschwächere Jugendliche haben das

199 Recht auf eine Ausbildung und werden für den Arbeitsmarkt benötigt, weshalb die
200 bedarfsorientierte pädagogische Begleitung der Ausbildung über vom Land finanzierte
201 Pädagoginnen und Pädagogen zugesichert werden muss. Zudem muss die Berufsorientierung
202 an allen Schulen gestärkt werden. In diesem Zusammenhang war es ein schwerer Fehler,
203 dass die grün-schwarze Landesregierung die Verankerung der Berufsorientierung an

Empfehlung der Antragskommission:

204 Gymnasien im Schulgesetz verhindert hat.

Wir wollen das Programm Berufsorientierung an Gymnasien (BOGY) ausweiten und neben

Pflichtpraktika die Informations- und Beratungsangebote für Schülerinnen und Schüler wie Eltern zu möglichen Bildungsabschlüssen in Baden-Württemberg verbessern. Dazu soll auch die Vernetzung mit lokalen Unternehmen und Betrieben gestärkt werden.

205 Ein eigenes Landesprogramm zur Anwerbung von ausländischen Fachkräften würde helfen,
206 dem Fachkräftemangel zu begegnen. Ziel muss sein, ausländische Fachkräfte durch
207 Fachkräftebotschafter in ihrem Heimatland gezielt für bestimmte Berufe in Baden-
208 Württemberg zu gewinnen und sie und ihre Familien unter anderem bei der Erledigung
209 von Behördengängen, Wohnungssuche und Sprachkursen zu unterstützen. Im Ausland
210 erworbene Qualifikationen müssen schneller und unbürokratischer anerkannt werden.

211 Die Studiengebühren für internationale Studierende in Baden-Württemberg führen zu
212 Nachteilen der Hochschulen im Wettbewerb um ausländische Studierende, wirken
213 abschreckend und sind sozial diskriminierend. Daher müssen diese endlich abgeschafft
214 werden. Ein weiterer Schlüssel zur Minderung des Fachkräftemangels ist die Stärkung
215 der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beispielsweise durch den Ausbau von

Empfehlung der Antragskommission:

216 Betreuungskapazitäten.

Die Meisterprämie muss auf 3.000 EUR angehoben werden und auf Industriebetriebe ausgeweitet werden, um Fachkräfte in Baden-Württemberg halten zu können und die Attraktivität von Industriebetrieben zu erhöhen.

217 **Tariftreue ist ein Muss:**

218 Baden-Württemberg wird die öffentliche Vergabe grundsätzlich an die Einhaltung von
219 Tarifverträgen binden. Die Landesregierung soll einen wirksamen Beitrag leisten, den
220 dramatischen Verfall der Tarifbindung in Baden-Württemberg, wo nur noch jeder zweite

Empfehlung der Antragskommission:

221 Beschäftigte durch Tarifverträge geschützt ist, zu stoppen. Wenn es um faire Löhne und Wettbewerbsbedingungen geht, muss die öffentliche Hand mit guten Beispiel vorangehen, weshalb im Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) die unterste Entgeltgruppe des Tarifvertrags der Länder als Lohnuntergrenze bei öffentlichen Aufträgen festgelegt werden soll. Darüber hinaus sollen in einer Novelle des LTMG unter anderem die Kontrollen bezüglich der Einhaltung des Gesetzes gestärkt und bei Bedarf notwendig werdende Sanktionen durchgesetzt werden. Um wirksame Anreize für
222 mehr Tarifbindung und die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden
223 zu setzen, soll die Landesregierung zukünftig aktiv auf Arbeitgeberverbände und
224 Gewerkschaften zugehen, mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen bestehender
225 Tarifverträge erreichen und damit die Ausweitung der Tarifbindung auf alle Betriebe
226 und Beschäftigten einer bestimmten Branche gewährleisten. Zielgerichtete öffentliche
227 Fördergelder werden im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt und an qualitative und
228 resiliente Kriterien gebunden. Dies bedeutet, öffentliche Zuwendungen sind an
229 Tariftreue sowie an Standortgarantien, Beschäftigungssicherung und angemessene
230 Aktivitäten zur Aus- und Weiterbildung als Zugangsvoraussetzungen zu knüpfen (soziale
231 Konditionierung).

232 **Arbeitsschutz stärken:**

233 Für einen wirksameren betrieblichen Arbeitsschutz ist eine handlungsfähigere
234 staatliche Gewerbeaufsicht erforderlich. Die Landesregierung soll die Gewerbeaufsicht
235 personell stärken, damit zukünftig insbesondere kleine und mittlere Betriebe und ihre
236 Beschäftigten besser unterstützt werden können.

237 **Soziale Innovationen in der sozialen Marktwirtschaft:**

Empfehlung der Antragskommission:

238 ~~Soziale Innovationen sind neue Ansätze, Strategien, oder Lösungen, die~~
239 ~~gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen und das soziale Zusammenleben~~
240 ~~verbessern. Sie zielen darauf ab, soziale Bedürfnisse zu erfüllen, das Gemeinwohl zu~~
241 ~~fördern und soziale Gerechtigkeit zu stärken. Anders als technologische Innovationen~~
242 ~~konzentrieren sich soziale Innovationen auf die Verbesserung sozialer Systeme und~~
243 ~~Strukturen, wie Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit, oder Umwelt. Plattformen wie~~
244 ~~Carsharing oder Co-Working fördern die gemeinsame Nutzung von Ressourcen, wodurch~~
245 ~~nicht nur Kosten gesenkt, sondern auch nachhaltige Nutzung von Ressourcen gefördert~~
246 ~~wird. Programme, die benachteiligten Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen oder~~
247 ~~Langzeitarbeitslosen, den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, gelten ebenfalls als~~
248 ~~soziale Innovationen. Bisher haben Soziale Innovationen in Baden-Württemberg nicht~~
249 ~~die Aufmerksamkeit, die sie bräuchten als SPD Baden-Württemberg wollen wir uns dafür~~
250 ~~einsetzen, dass die Landesregierung Programme zur Förderung von Sozialen Innovationen~~
251 ~~bündelt, stärker finanziert und für die Öffentlichkeit bekannter macht. Initiativen,~~
252 ~~die den Zugang zu Bildung verbessern, um soziale Ungleichheit abzubauen, wie etwa~~
253 ~~kostenlose Online-Kurse oder mobile Bildungsplattformen sollen dabei im Fokus stehen.~~

Soziale Innovationen, also Lösungen, die gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen und das soziale Zusammenleben verbessern, entfalten in Baden-Württemberg nicht ihr Potenzial. Bei kluger politischer Gestaltung ermöglichen sie, etwa durch Stärkung der Sharing Economy Ressourcen effizienter zu nutzen oder benachteiligte Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen oder Langzeitarbeitslose besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Gerade Initiativen, die den Zugang zu Bildung verbessern und soziale Hemmnisse abbauen, wie beispielsweise kostenlose Online-Kurse und mobile Bildungsplattformen können auch durch das Land effektiv umgesetzt werden. Programme zur Förderung sozialer Innovationen wollen wir in einer Landesregierung deshalb bündeln, Kompetenzen und Zuständigkeiten zusammenführen und ihre Wirksamkeit stärker bekannt machen.

Empfehlung der Antragskommission:

254 **KI, Daten und Start-up's**

255 ~~Neue Technologien, Künstliche Intelligenz (KI) und Start-ups sind für die soziale~~
256 ~~Marktwirtschaft von zentraler Bedeutung, weil sie sowohl wirtschaftliches Wachstum~~
257 ~~als auch soziale Gerechtigkeit fördern. Hier sind die wichtigsten Gründe, warum diese~~
258 ~~Elemente essenziell sind. In einer globalisierten Welt sind Innovationskraft und~~
259 ~~technologischer Fortschritt entscheidend, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Start-ups~~
260 ~~spielen dabei eine zentrale Rolle, da sie oft als Innovationsmotoren fungieren, neue~~
261 ~~Ideen und Geschäftsmodelle entwickeln und etablierte Märkte herausfordern. Dadurch~~
262 ~~entstehen nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern auch langfristige Wachstumschancen.~~

263 **Baden-Württemberg muss ein Land der Tüftler bleiben:**

264 ~~Landesprogramme (Batteriezellforschung, Künstliche Intelligenz etc.) müssen auf die~~
265 ~~industrielle Resilienz und Transformation fokussiert werden. Forschungseinrichtungen~~
266 ~~(CyberValley etc.) sollen stärker auf den Transfer von Grundlagen- und~~
267 ~~anwendungsorientierter Forschung in die Produktion ausgerichtet werden.~~

268 ~~Wir fordern, dass das Land dezentrale Zugänge zu KI-Rechenzentren und~~
269 ~~Rechenkapazitäten für KMUs und Start-Ups ermöglicht, um den bestehenden Mangel zu~~
270 ~~beheben. Supercomputing-Zugänge, die bisher nur für einen kleineren Adressatenkreis~~
271 ~~in großen Forschungseinrichtungen verfügbar sind, müssen für breitere Nutzergruppen~~

272 ~~kompatibel und zugänglich gemacht werden.~~

273 **Daten sind ein Schatz:**

274 ~~Wir fordern, dass mehr Beratungsstellen zur Nutzung des Datenpotenzials in~~
275 ~~Unternehmen und bei KMUs initiiert werden, in Kooperation mit IHK, Handwerk und~~
276 ~~anderen relevanten Organisationen. Darüber hinaus sollte das Ausbildungsprofil "KI-~~
277 ~~Datenmanager", das aus Baden-Württemberg entwickelt wurde, weiter gefördert und~~
278 ~~verbreitet werden. Aktuell nutzen nur 10 Prozent der Unternehmen KI oder KI-~~
279 ~~Sprachmodelle zur Unterstützung von Geschäfts- und Produktprozessen. Angesichts der~~
280 ~~milliardenschweren Zusatz-Wertschöpfung, die durch KI möglich ist, muss dieser Anteil~~
281 ~~signifikant erhöht werden. Wir fordern, dass Künstliche Intelligenz, digitale~~
282 ~~Komponenten und Daten als Treibstoff für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer~~
283 ~~starken Industrie in der Zukunft etabliert werden.~~

284 **Wir brauchen die modernste Verwaltung in ganz Deutschland:**

Empfehlung der Antragskommission:

285 Baden-Württemberg muss ~~wieder~~ das führende Land in der Verwaltungsdigitalisierung
286 werden und Maßstäbe bei einheitlichen Standards setzen, anstatt jede Kommune ihr
287 eigenes Ding machen zu lassen. Wir fordern die konsequente Umsetzung des OZG 2.0.
288 Dies wäre von großem Vorteil für Gesellschaft und Wirtschaft in Baden-Württemberg.